

Die Linke

Kreisverband
Wilhelmshaven

Kommunalwahlprogramm

zur Wahl des Wilhelmshavener Stadtrats am 13. September 2026

Inhalt

1. Wohnen für alle bezahlbar machen – Für eine soziale Wohnungspolitik.....	1
1.1 Bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum schaffen	1
1.2 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden.....	1
1.3 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen	2
1.4 Bodenspekulation stoppen – kommunale Planung muss sozial und klimagerecht sein.....	2
2. Bildung: Gerechte Chancen von der frühkindlichen Bildung bis zur lebenslangen Weiterentwicklung.....	3
2.1 Frühkindliche Bildung für alle gebührenfrei und bedarfsgerecht	3
2.2 Bildung stärken: durch zukunftsfähige Schulen für alle – modern, gerecht, digital.....	4
2.3 Kinder- und Jugendhilfe: Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien.....	5
2.4 Migration und Integration: Unsere Kinder haben ihre Wurzeln hier und auf der ganzen Welt.....	6
2.5 KiTa und Schule für alle: Inklusive Bildung mit Qualität	7
2.6 Schulen als Orte gelebter Demokratie „Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden – Beteiligung von Anfang an“	7
2.7 Weiter- und Persönlichkeitsbildung: „VHS, Bibliotheken, Kultur sichern“	8
2.8 Medienkompetenz und digitale Chancen für alle	8
3. Gesundheit und Daseinsvorsorge – Für eine solidarische Infrastruktur	8
3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen: Dezentral, präventiv, barrierefrei.....	9
3.2 Kommunale Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sichern.....	9
3.3 Gute Pflege sichern: Mehr Personal, bessere Löhne, ambulant und stationär	10
3.4 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigma	10
3.5 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen	11
3.6 Geburtshilfe sichern.....	11
4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen – Gut, gerecht und transparent.....	12
4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit: Faire Löhne, starke kommunale Betriebe.....	12

4.2 Energie, Wasser und Abfall als öffentliche Daseinsvorsorge garantieren	12
4.3 Gerechte Kommunalfinanzen sichern: Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit.....	13
4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik: Nachhaltige Strukturen erhalten und stärken	13
4.5 Attraktive Innenstädte und versorgungssichere Stadtteile	14
5. Verkehr – Mobilität für alle, bezahlbar und klimafreundlich	14
5.1 Bus- und Bahnangebote ausbauen: Stadt und Land besser verbinden .	15
5.2 Fuß- und Radverkehr fördern: Sichere und barrierefreie Wege schaffen	15
5.3 Kommunale Verkehrswende gestalten: Autofreie Zonen, Verkehrsberuhigung	15
6. Natur und Umwelt – Nachhaltig und zukunftsfähig.....	16
6.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren	16
6.2 Artenschutz, Stadtgrün und Biodiversität fördern.....	17
6.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen	17
6.4 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz ökologisch gestalten.....	18
6.5 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen.....	18
7. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – solidarisch, gerecht, inklusiv.....	18
7.1 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen	19
7.2 Mehr Teilhabe ermöglichen: Jugendparlamente, Bürger*innenhaushalte	20
7.3 Gleichstellung und Vielfalt stärken: Feminismus, Queer Politik, Anti-Sexismus.....	20
7.4 Migration und Integration fördern: Bleiberecht, Sprachförderung, Teilhabe	21
7.5 Inklusion leben: Menschen mit Behinderungen sichtbar machen	21
7.6 Kultur und Freizeit fördern: Freie Szenen, Vereine, Sport	22
7.7 Digitalisierung demokratisch gestalten: Verwaltung, Beteiligung, Offline-Zugang.....	22
8. Nie wieder Krieg & Faschismus – Erinnerung, Widerstand, Frieden.....	23
8.1 Antifaschismus im Alltag stärken	23
8.2 Erinnerungskultur ausbauen	23
8.3 Kommunale Friedenspolitik fördern	24

8.4 Betroffene rechter Gewalt schützen	24
--	----

1. Wohnen für alle bezahlbar machen – Für eine soziale Wohnungspolitik

Gute, sichere und bezahlbare Wohnungen für alle sollten in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch in vielen Städten explodieren die Mieten, während Sozialwohnungen verschwinden und Menschen aus ihren Stadtteilen verdrängt werden. Auch im ländlichen Raum fehlt zunehmend bezahlbarer Wohnraum. Ursache ist eine Politik, die Wohnungen privatisiert und dem Markt überlässt. Wir wollen das ändern: Wohnen ist ein Menschenrecht – nicht Ware.

1.1 Bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum schaffen

Immer mehr Wohnungen in Wilhelmshaven verkommen, sind verschimmelt und sanierungsbedürftig und bezahlbarer Wohnraum wird auch hier zunehmend knapp. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sind der beste Weg, dauerhaft günstige Wohnungen in gutem Zustand zu sichern. Ziel ist es, die öffentliche Hand zu stärken und den Wohnungsmarkt dem Profitinteresse zu entziehen.

Unsere Forderungen:

- Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
- Förderung von sozialem Wohnungsbau
- Sanierungsverpflichtungen nach NWoSchG für Vermieter*innen durchsetzen
- Konsequenter Einbezug von wohnwertmindernden Faktoren und Bestandsmieten in den qualifizierten Mietspiegel
- Einführung eines Leerstands-Registers
- Einführung einer Zweckentfremdungssatzung – Wohnraum für Einwohner*innen gegen touristische Profite verteidigen
- Angebot kostenfreier Mietrechtsberatung
- Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen enteignen und in öffentliches Eigentum überführen
- Sanierung vor Neubau

1.2 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden

Immer mehr Menschen haben keine sichere Wohnung. Sie haben keinen Mietvertrag, kommen in Notunterkünften, bei Verwandten oder Freund*innen unter oder leben auf der Straße. Alle Menschen haben aber das Recht auf eine sichere, bezahlbare und gute Wohnung. Ziel ist, Wohnungslosigkeit zu verhindern und allen Menschen ein sicheres Zuhause zu garantieren.

Unsere Forderungen:

- Housing First – Förderung von Projekten, die Wohnungslosigkeit beenden
- Bessere finanzielle und räumliche Ausstattung der bestehenden Angebote der Diakonie
- Keine Klinikentlassungen in die Obdachlosigkeit – Schaffung von Übergangslösungen für Menschen, die während Klinikaufenthalten ihren Wohnsitz verlieren oder nicht in ihre alten Wohnungen zurückkehren können
- Schutzkonzept für wohnungslose Menschen bei Extremwetterlagen
- Einrichtung eines kommunalen Fonds zur Abwendung drohender Zwangsräumungen
- Mitbestimmung wohnungsloser Menschen bei der Gestaltung von Notunterkünften sicherstellen
- Verbot von Energiesperren und Moratorium für Zwangsräumungen in sozialen Notlagen

1.3 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen

Immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnung, wenn sie alt oder pflegebedürftig werden. Wohnungen müssen an Lebensrealitäten angepasst sein. Ziel ist eine Baupolitik, die Inklusion, Barrierefreiheit und gemeinschaftliche Wohnformen selbstverständlich macht.

Unsere Forderungen:

- Barrierefreiheit als Standard im kommunalen Wohnungsbau
- Gezielte Förderung von „Mehrgenerationenhäusern“
- Aufsuchende Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderung
- Förderprogramme für den altersgerechten Umbau und Wohnungstausch („Alt gegen Jung“) einführen

1.4 Bodenspekulation stoppen – kommunale Planung muss sozial und klimagerecht sein

Boden darf nicht länger ein Spekulationsobjekt für private Profiteure sein. Das treibt Preise und verschärft Ungleichheit. Kommunen müssen die Hoheit über Grund und Boden zurückerlangen. Ziel ist eine Bodenpolitik, die Gemeinwohl, Klima und soziale Infrastruktur sichert.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Bodenfonds einrichten, um Flächen in öffentliches Eigentum zu holen
- Grundstücke nur noch per Erbpacht vergeben, nicht verkaufen
- Wertsteigerungen von Boden abschöpfen

- Vorrang von Neubauten im Innenstadtbereich statt Versiegelung von Naturflächen
- Gewerbemieten deckeln, Vielfalt im Stadtbild sichern
- Nicht-profitorientierte Wohnungsunternehmen von Grundsteuer befreien
- Grundsteuer-Umlage auf Mieter*innen abschaffen
- Grundsteuer C wieder einführen, um spekulativen Leerstand unbebauter Grundstücke zu verhindern

2. Bildung: Gerechte Chancen von der frühkindlichen Bildung bis zur lebenslangen Weiterentwicklung

Bildung ist eines der wichtigsten Güter unserer Gesellschaft. Nur mit einem guten Bildungswesen können wir garantieren, dass unsere Kinder eine vernünftige Ausbildung kriegen und einen anständigen Job ausüben können. Doch die anderen Parteien haben unser Schulsystem runtergewirtschaftet: Es rieselt Asbest von den Decken, die Heizungen funktionieren nicht, das WLAN erst recht nicht. Die Lehrkräfte kommen mit dem vollgestopften Lehrplan kaum hinterher, die Schüler haben einen riesigen Leistungsdruck und das Geld wird immer weiter gekürzt. Wir werden dem ein Ende setzen. Wir werden dafür sorgen, dass Schule jeden mitnimmt – unabhängig vom Leistungsstand. Leistungsdruck und Notenstress sollen der Vergangenheit angehören. Außerdem soll das Schulsystem digitalisiert werden und die Schulen eine gute Ausstattung bekommen, damit unsere Kinder in einem guten Umfeld lernen können. Und auch das KiTa- und Betreuungssystem soll ausgebaut und aufgewertet werden, damit Eltern sich nicht mehr darum sorgen müssen, ob und wie ihr Kind betreut wird.

2.1 Frühkindliche Bildung für alle gebührenfrei und bedarfsgerecht

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für die Sprachentwicklung, soziale Teilhabe und den Bildungserfolg. Die Situation vor Ort wird immer schwieriger. Immer mehr Kinder bringen Probleme in der Sprachentwicklung, Schwierigkeiten im sozial-emotionalen Umgang, mit nicht-kindgerechtem Medienkonsum, Gewalterfahrungen und Ernährungsprobleme mit sich. Viele KiTas leiden gleichzeitig unter Personalmangel, Erzieher*innen arbeiten am Limit – das führt zu Ausfällen und Qualitätsverlust. Vielerorts fehlen Plätze, Öffnungszeiten passen nicht zum Lebensalltag, Beiträge belasten Familien und verstärken Chancenungleichheit. Unsere Kommunen sind zentrale Träger: Sie planen, bauen, finanzieren mit und vor allem gestalten sie Qualität. Wir wollen in den Kommunen Sorge tragen, eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe,

gebührenfreie Kinderbetreuung – die allen Kindern gleiche Chancen eröffnet – mit guten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen zu schaffen. Das heißt auch, dass es zusätzliche Verwaltungspersonen und Hausmeisterdienste als Entlastung braucht, damit pädagogische Fachkräfte sich voll auf die Arbeit mit den Kindern fokussieren können.

Unsere Forderungen:

- Kostenloses Mittagessen in allen KiTas und Schulen
- Ausbau der Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung an KiTas
- Kommunale und einrichtungsübergreifende Strategien für möglichst lange Betreuungszeiten bei hoher pädagogischer Qualität – auch zu Randzeiten
- Erhöhung der Verfügungszeiten pro Kita-Fachkraft für die Reflektion und Planung von pädagogischen Angeboten
- Qualifizierungsstrategien für bisher unqualifiziertes Personal und für Sozialassistent*innen hin zu Qualifizierung zur*zum Erzieher*in
- Zusätzliche Planstellen für die Unterstützung von Auszubildenden in PiA (Praxisintegrierte Ausbildung) und für angeworbene Kolleg*innen aus dem Ausland
- Entlastung von pädagogischen Fachkräften durch zusätzliche Verwaltungskräfte und durch ausreichende Unterstützung durch Hausmeisterdienste

2.2 Bildung stärken: durch zukunftsfähige Schulen für alle – modern, gerecht, digital

- Bildung entscheidet über die Chancen jedes*jeder Einzelnen – und über die Entwicklung unserer Regionen. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, überfüllt und ungleich ausgestattet. Schulträger sind die Kommunen – sie verantworten Gebäude, Ausstattung, digitale Netze, Schüler*innenbeförderung und Ganztagsstruktur. Besonders finanzschwache Kommunen können diese Aufgaben kaum noch erfüllen. Mit dem ab 2026 geltenden Recht auf Ganztagsbetreuung wächst der Druck: Ganztags braucht moderne Räume, qualifiziertes Personal und kostenlose gesunde Verpflegung. Aktuell findet an Schulen und im Ganztags bloße Aufbewahrung statt. Wir wollen Schulen zu einladenden, inspirierenden und offenen Orten gestalten. Gerechte Bildungschancen bedeuten auch: kostenfreie Schüler*innenbeförderung, sowie wohnortnahe berufliche Ausbildung. Ein gut organisiertes Bildungssystem bindet die Menschen an die Region, verhindert Abwanderung und schafft Perspektiven für die Menschen und die Region. Unser Ziel: Schulen als Lern- und Lebensorte – modern, gerecht und offen für alle Kinder.

Unsere Forderungen:

- Eine Schule für alle – 2. Integrierte Gesamtschule im Norden der Stadt

- Ausbau der Schulsozialarbeit
- Kostenloser ÖPNV für alle Schüler*innen
- Kommunale Sanierungsprogramme für sichere, moderne, bedarfsgerechte und klimafreundliche Schulen als Lebens- und Lernorte
- Kostenfreiheit für Lern- und Lehrmittel für alle Schüler*innen – Übernahme der Kosten durch die Schulträger
- Vom Schulträger finanzierte Schulsozialarbeiter*innen als Bindeglied zwischen Kind, Familie, Jugendamt, Beratungs- und Präventionsstellen
- Evaluierung neuer pädagogischer Konzepte - erfolgreiche Projekte fördern und ausweiten (bspw. „Nordseecampus“)
- Aufbau multiprofessioneller Inklusionsteams zur optimalen Förderung von Schüler*innen mit Unterstützungsbedarfen
- Barrierefreiheit bei Sanierung und Neubau von Schulen beachten
- Konzept zur Sicherstellung hoher pädagogischer Qualität mit wirksamem Kinderschutzkonzept bei der Umsetzung der Ganztagsbetreuung erstellen und durchsetzen
- Frühzeitige Evaluierung des Konzepts der "Stadtteilschule" am Beispiel der Marion-Dörnhoff-Schule und Ausweitung der erfolgreichen Aspekte auf andere Schulen

2.3 Kinder- und Jugendhilfe: Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien

Die Kommunen und Landkreise sind die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie haben den gesetzlichen Auftrag unsere Kinder und Jugend zu fördern, Familien und Eltern zu beraten, bei Krisen im Sinne des Kindeswohls einzugreifen und Angebote zu planen und zu steuern. Die Kommunen haben den Auftrag ihre Angebote inklusiv zu gestalten. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder drohender Behinderung werden in die Kinder- und Jugendhilfe integriert. Wir begrüßen diesen Schritt.

Gute Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind kostspielig. Oftmals stehen sie daher unter Rechtfertigungs- und Spardruck. Personalkosten sollen gekürzt und die Angebote auf ein Minimum eingespart werden. Für innovative Ideen, die auf neue Probleme reagieren, werden keine Mittel bewilligt. Es findet keine Förderung von Kindern und Jugendlichen statt. Stattdessen konzentrieren sich die Jugendämter auf ihre Feuerwehrfunktion bei angespannten und bedrohlichen Ausnahmesituationen. Für alles andere wurde das Geld stark gekürzt. Auf Bundesebene wird jetzt selbst die Eingliederungshilfe als Kostentreiberin markiert. Obwohl sie wichtige Arbeit leistet, soll hier gekürzt werden. Wir wollen die Jugendämter bei ihrem fördernden, beratenden und präventiven Auftrag unterstützen. Dafür braucht es Geld für Personal und für innovative Projekte.

Unsere Forderungen:

- Vernetzung der Jugendhilfe mit den Familienzentren
- Mehr Beratungsstellen in unmittelbarer Umgebung, sowie Ausbau von Streetwork und aufsuchenden Beratungsangeboten
- Neuauflage des Programms „Frühe Hilfen“
- Erhalt und Stärkung der Familienzentren
- Überall, wo die Arbeit mit Kindern auf Vertrauensverhältnissen basiert, braucht es Kinderschutzkonzepte, die vor psychischer, emotionaler und sexualisierter Gewalt schützen und die professionell begleitet werden
- Sichere Finanzierung der Musikschule

2.4 Migration und Integration: Unsere Kinder haben ihre Wurzeln hier und auf der ganzen Welt

Migration ist etwas Selbstverständliches. Deutschland war immer schon ein Einwanderungsland, ist es auch gerade und wird es auch in Zukunft sein. Migration ist nicht ein Ausnahme-, sondern Normalzustand. Ausgerechnet das Bildungs- und Schulsystem geht aber davon aus, dass unsere Kinder einer Norm entsprechen. Es wird vorausgesetzt, dass die Kinder deutsch sprechen. Diese Norm wurde schon immer von gesellschaftlicher Realität überholt. Unsere Kinder sind vielsprachig, bringen unterschiedliche kulturelle Schätze und familiäre Geschichten mit. Wir möchten, dass Schule und Bildungseinrichtungen die Vielfalt unserer Kinder fördert und sie gut aufs Leben vorbereitet – egal wo sie herkommen und welche Sprache zuhause gesprochen wird. Wir wollen eine Schule, die die Identitäts- und Persönlichkeitsbildung unserer Kinder fördert und nicht bei der Schuleingangsuntersuchung abwertet.

Unsere Forderungen:

- Sprachbildung schon in der KiTa fördern
- Schule und KiTa inklusiv und integrativ gestalten – Gemeinschafts- und Antidiskriminierungsförderung für Kinder, Jugendliche und pädagogische Fachkräfte
- Kommunale Sprachförderkonzepte, die Mehrsprachigkeit positiv sehen und fördern
- Unterstützung von interkulturellen Projekten, Vereinen und Initiativen durch die Stadt
- Dolmetsch- und Traumahilfen für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung
- Betroffene aktiv einbinden - bei der Erarbeitung von Konzepten sollen Betroffenenperspektiven einbezogen und Mitbestimmung gesichert werden

2.5 KiTa und Schule für alle: Inklusive Bildung mit Qualität

Inklusion ist ein Menschenrecht, doch bisher ist sie gescheitert – an fehlender Planung und Ressourcen. Die Kommunen sind in der Pflicht, bauliche Barrieren abzubauen, Assistenz, therapeutische Angebote und barrierefreie Mobilität zu sichern. Noch immer müssen Eltern bürokratische Hürden überwinden, um Unterstützung zu bekommen. Wir wollen Schulen und Kitas, die Vielfalt leben und Inklusion selbstverständlich machen – ohne Anträge und Aussonderung.

Unsere Forderungen:

- Alle Schulen und Kitas baulich, digital und sozial barrierefrei gestalten
- Verbindliche Kooperation von Jugend- und Gesundheitsamt, Beratungsstellen und Schulen sowie die Etablierung von Verfahrenslots*innen
- Festangestellte kommunale Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen, als Unterstützung für Kinder, Eltern, Lehrkräfte und Schulen
- Etablierung eines mehrdimensionalen Klassenmanagements in allen Schulen

2.6 Schulen als Orte gelebter Demokratie „Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden – Beteiligung von Anfang an“

Demokratie lernen wir, indem wir sie praktizieren. Schulen brauchen verlässliche Beteiligungsrechte und Budgets für Schüler*innen, Eltern und pädagogische Teams. Kommunen können Mitspracherechte verankern – in Jugendparlamenten, kommunalen Ausschüssen und durch transparente Schulentwicklungsprozesse. Wer mitbestimmt übernimmt Verantwortung, organisiert sich, identifiziert sich, wehrt sich gegen Spaltung und fördert die Gesellschaft.

Unsere Forderungen:

- Reale Mitbestimmung durch Schüler*innen
- Eigenverantwortliche Budgets für Schüler*innenvertretungen
- Stärkung des Jugendparlaments – längere Amtszeit, Recht, Anträge direkt in den Rat einzubringen und diese auch dort vorzutragen (Initiativrecht) – eigenes Budget des Jugendparlaments
- Selbstbestimmte Freiräume für Kinder und Jugendliche in Jugendzentren
- Teilnahme an der Projektförderung „Demokratie leben“
- Anlaufstellen in allen Schulen, die Vorfälle von Diskriminierung, Mobbing oder struktureller Benachteiligung sammeln, auswerten und Aktionspläne erstellen

2.7 Weiter- und Persönlichkeitsbildung: „VHS, Bibliotheken, Kultur sichern“

Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss. Volkshochschulen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen sowie Soziokultur sind die Türöffner zur Bildung für viele Menschen. Vielerorts sind die Öffnungszeiten zu gering, es drohen Kürzungen und Gebührenerhöhungen. Wir wollen lebenslanges Lernen, niedrigschwellig, gebührenarm bis gebührenfrei, wohnortnah und digital erreichbar unter kommunalen Schutz stellen und die Einrichtungen mit den dazugehörigen Angeboten zu „Dritten Orten“ ausbauen.

Unsere Forderungen:

- VHS-Grundförderung erhöhen
- Bibliotheken als Dritte Orte: längere Öffnungszeiten, Sonntagsöffnung, Geräteverleih, Makerspace und Lernräume
- Sozial gestaffelte Beiträge für VHS-Kurse, Musik- und Kunstschulangebote
- Soziokulturelle Zentren und kommunale Freizeitheime errichten
- Calisthenics-Anlage im Stadtpark

2.8 Medienkompetenz und digitale Chancen für alle

Digitale Teilhabe entscheidet zunehmend über gesellschaftliche und berufliche Chancen. Viele Menschen haben keinen Zugang zu Geräten oder schnellem Internet - digitale Ungleichheit spaltet. Kommunen können die Grundversorgung sichern: Netze, Geräte, offene Software, Datenschutz und Medienbildung. Wir wollen digitale Teilhabe für alle sichern – als öffentliche Aufgabe – durch kommunale WLAN-Netze, Leihgeräte und außerschulische Medienbildung.

Unsere Forderungen:

- Einrichtung eines Medienkompetenzzentrums mit kostenlosem WLAN, PC-Arbeitsplätzen und Schulungen zur Medienkompetenz, insbesondere für Kinder/Jugendliche und Senior*innen
- Strategien für Open Source und OER entwickeln: Gemeinsam mit den Mitarbeitenden sollen Anwendungen entwickelt werden, die uns unabhängiger von Microsoft und Co. machen – das ist sicherer und spart uns Lizenzgebühren
- Einrichtung kommunaler WLAN-Hotspots in jedem Stadtteil

3. Gesundheit und Daseinsvorsorge – Für eine solidarische Infrastruktur

Gesundheit ist ein Menschenrecht – dafür stehen wir ein. Doch die Profitinteressen der Unternehmen untergraben dieses Recht. Immer mehr Kliniken

schließen, die Medikamente werden immer teurer und Ärzt*innen müssen unnötige Behandlungen verschreiben, damit Profite erwirtschaftet werden. Aber ein Operationssaal darf nicht zur Selbstbedienungstheke für Unternehmer*innen werden! Die Linke wird verhindern, dass weitere Kliniken und Abteilungen geschlossen werden. Jeder Mensch muss das Recht haben, die bestmögliche Versorgung zu bekommen – unabhängig von Alter, Einkommen, Wohnort oder Geschlecht! Wir wehren uns gegen die Profitgier in den Krankenkassen und Kliniken und gegen die überforderten Praxen. Das Gesundheitswesen ist für uns Menschen da, nicht für die Wirtschaft.

3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen: Dezentral, präventiv, barrierefrei

Der demografische Wandel und der Ärzt*innenmangel verschärfen die Unterversorgung, besonders auf dem Land. Ziel ist der Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren, die wohnortnah, präventiv und barrierefrei arbeiten.

Unsere Forderungen:

- Aufbau kommunaler medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft
- Teams aus Ärzt*innen, Pflege- und Gesundheitsberufen in multiprofessioneller Zusammenarbeit
- Flexible Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen ohne ökonomisches Risiko
- Barrierefreie Zugänge für alle – baulich, kommunikativ und sozial
- Queere Versorgung berücksichtigen (PrEP, HRT, Psychotherapie etc.)

3.2 Kommunale Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sichern

Dass das Klinikum rote Zahlen schreibt, ist nicht allein der desaströsen Geschäftsführung und Aufsicht der letzten Jahre zu verdanken. Kliniken stehen massiv unter Druck, da sie Gewinne erwirtschaften müssen und Profite statt Gesundheit im Mittelpunkt stehen. Wir möchten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand, deren oberstes Ziel eine erreichbare, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Pflege- und Gesundheitsversorgung ist, und nicht die Gewinne von Aktionär*innen.

Unsere Forderungen:

- Kein Ausverkauf von Gesundheitseinrichtungen – Das Klinikum bleibt in kommunaler Hand
- Ausbau des Fachärzt*innen-zentrums zur Deckung ambulanter Bedarfe, inklusive Mitaufnahme anderer Fachbereiche (z.B. Pädiatrie)
- Sofortige Sanierung und Renovierung des Klinikum Wilhelmshaven
- Rekommunalisierung von Pflegeeinrichtungen
- Psychiatrie und Kinderklinik am Standort Friedrich-Paffrath-Str. erhalten und modernisieren

- Öffentliche und ggf. juristische Aufarbeitung der Geldverschwendungen im Klinikum Wilhelmshaven
- Sachgerechte Neubewertung des Klinikum-Neubaus
- Entwicklung eines kommunalen Konzepts, um Fachärzt*innen auszubilden, anzuwerben und zu halten

3.3 Gute Pflege sichern: Mehr Personal, bessere Löhne, ambulant und stationär

Pflegekräfte sind überlastet und unterbezahlt, viele verlassen den Beruf. Eine Stärkung lässt sich nur mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen, denn ein solidarisches Gesundheitssystem braucht gute Arbeit. Ziel ist eine menschenwürdige Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalstandards.

Unsere Forderungen:

- Stärkung der Krankenpflegeschule und Aufwertung der Ausbildung durch mehr Anleitung durch qualifizierte Praxisanleiter*innen auf allen Stationen
- Bau einer betriebseigenen KiTa für die Kinder der Beschäftigten
- Familienfreundliche Schichtmodelle im Klinikum unter Berücksichtigung von angebotenen Betreuungszeiten in den KiTas
- Erhöhung der Entlohnung und stundenweise Freistellung von Pflegekräften mit Zusatzaufgaben (z.B. Praxisanleiter*innen, Qualitätsmanagement- und Hygienebeauftragten)
- Einrichtung eines Krisenstabs "Personalpolitik" für das Klinikum Wilhelmshaven

3.4 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigma

Psychische Krankheiten sind ein Thema, das in unserer Gesellschaft viel zu häufig gemieden wird. Erwerbstätige leiden zunehmend unter dem steigenden Leistungsdruck - vor allem Frauen, die neben beruflicher Verpflichtung oft die Hauptverantwortung für Sorgearbeit tragen. Die Corona-Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Gleichzeitig fehlen vielerorts Therapieplätze, wodurch sich die Situation für Betroffene weiter zuspitzt. Ziel ist eine Versorgung, die Hilfe statt Ausgrenzung bietet.

Unsere Forderungen:

- Räumlichkeiten und finanzielle Mittel für SeKo bereitstellen
- Aufwertung der psychosozialen Betreuungsdienste – Aufsuchende Angebote (z.B. durch die FSD) ausbauen, Vermittlungshilfen an Fachärzt*innen bereitstellen
- Kommunale Mittel für Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und psychologische/psychiatrische Fachkräfte erhöhen

- Sensibilisierungsschulungen für alle öffentlich Beschäftigten für besondere Bedarfe von sowie im Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen

3.5 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen

Suchterkrankungen sind weit verbreitet – doch Betroffene stoßen oft auf Stigmatisierung statt auf Hilfe. Die Kriminalisierung von Drogenkonsum verschärft soziale Probleme und verhindert wirksame Prävention. Wir setzen uns für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik und eine flächendeckende Versorgung mit Beratungs- und Hilfsangeboten ein. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Gesundheitsschutz und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten. Ziel ist eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik, die Hilfe und Vorbeugung in den Mittelpunkt rückt – statt Strafe und Ausgrenzung.

Unsere Forderungen:

- Innenstadtnaher Konsumraum mit sozialpsychologischen Angeboten
- Aktive Aufklärung über Substitutionsangebote
- „Spritzenautomaten“ in der Innenstadt
- Kostenloses Drug-Checking im Klinikum Wilhelmshaven
- Modellprojekt zur Entkriminalisierung von Konsument*innen

3.6 Geburtshilfe sichern

Hebammen und werdende Eltern leiden unter dem steigenden Druck im Gesundheitswesen. Die Ökonomisierung und Profitorientierung gefährden eine flächendeckende und würdevolle Versorgung rund um die Geburt. Wir setzen uns für eine wohnortnahe Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsortes ein – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Familien haben Anspruch auf Hebammenbegleitung – von der Schwangerschaft bis ins erste Lebensjahr des Kindes. Auch Personen, die sich gegen die Schwangerschaft entscheiden, brauchen angemessene Unterstützung. Ziel ist eine wohnortnahe, sichere und selbstbestimmte Geburtshilfe.

Unsere Forderungen:

- Erhalt der Geburtshilfe und Wochenbettstation im Klinikum Wilhelmshaven
- Kommunale Unterstützung für Hebammen – finanziell und strukturell
- Regelmäßige Evaluation der Geburtshilfe durch „runde Tische“
- Beratungsstelle zu Schwangerschaftsabbrüchen im Klinikum Wilhelmshaven stärken, Informationszugang erleichtern und Angebot für Schwangerschaftsabbrüche am tatsächlichen Bedarf orientieren

4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen – Gut, gerecht und transparent

Unsere Stadt ist nicht nur große Arbeitgeberin, sie hat auch großen Einfluss auf die wirtschaftliche Ausrichtung und Funktionalität unserer Region. Kommunen haben den größten Anteil an den Infrastrukturinvestitionen und können verschiedenste Werkzeuge nutzen, um lokal und regional die Wirtschaft mitzugestalten. Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Doch die Spielräume, die da sind, werden meist wenig oder gar nicht genutzt und nur dann, wenn es nicht mehr anders geht, oder zu Gunsten von Einzelinteressen, statt im Interesse der Mehrheit von uns. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Stadt die Prioritäten im Gemeinwohl setzt. Es ist an der Zeit, dass wir die Interessen der Bürger*innen an die erste Stelle setzen und im ersten Schritt überlegen, was die Bewohner*innen der Stadt oder eines Stadtteils brauchen, um dort gut leben zu können. Denn auch ein lebenswertes Umfeld für Beschäftigte und deren Familien ist Standortfaktor. Auch KiTas sichern Arbeitsplätze. Auch gute Bildung hilft gegen Fachkräftemangel. Dafür braucht es mehr als einen funktionierenden moralischen Kompass in Einzelentscheidungen. Es braucht ein Konzept, dass wirtschaftliche Stärke als Resultat sozialer Sicherheit erkennt.

4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit: Faire Löhne, starke kommunale Betriebe

Arbeit in kommunaler Verantwortung kann Vorbild sein – für faire Bezahlung, Tarifbindung und Mitbestimmung. Doch zu oft sehen wir Ausgliederungen, prekäre Beschäftigung und Lohndumping. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten. Zudem sollte unsere Stadt ihre Möglichkeiten nutzen, um Tariftreue auch bei Zulieferern und Dienstleistern einzufordern.

Unsere Forderungen:

- Tarifbindung verpflichtend für alle kommunalen Träger und als verpflichtendes Kriterium bei Auftragsvergaben ohne Schwellenwerte
- Förderung der Mitbestimmung in kommunalen Betrieben durch Stärkung der Betriebsratsrechte und demokratische Führung
- 3-monatige Lohnfortzahlung für Beschäftigte in Projekten in kommunaler Verantwortung bei Projektabbruch oder Nichtverlängerung
- Keine Ausbeutung von Geflüchteten als Billigarbeitskräfte

4.2 Energie, Wasser und Abfall als öffentliche Daseinsvorsorge garantieren

Energie, Wasser und Abfall sind Grundrechte – doch in den letzten Jahrzehnten wurden Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert oder

ausgelagert. Die Folge: steigende Preise, schlechtere Leistungen, weniger demokratische Kontrolle. Was das in Wilhelmshaven konkret bedeutet, sehen wir an Sperrmüllbergen, überladenen Containern und nicht abgeholten Mülltonnen, an der anhaltenden Verschmutzung des Jadebusens durch Mischwassereinleitungen und brechende Wasserrohre durch mangelnde Sanierungsmaßnahmen. Kommunen dürfen nicht abhängig sein von Konzernen, die auf Gewinnmaximierung setzen. Wir wollen eine Rekommunalisierung zentraler Bereiche und eine verlässliche Versorgung für alle.

Unsere Forderungen:

- Brandsicherer Umbau von Entsorgungsstationen in Wohngebieten
- Ausbau der Kanalisation und Kläranlagen zum Stopp von Mischwassereinleitungen in den Jadebusen
- Sperrmüllablageplatz in Innenstadtnähe
- Rekommunalisierung der Abfallentsorgungsdienste

4.3 Gerechte Kommunalfinanzen sichern: Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit

Viele Kommunen können ihre Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen, weil ihnen Einnahmen fehlen und sie gleichzeitig unter hohen Belastungen leiden. Schuldenbremsen und unzureichende Finanzierung durch Bund und Land verschärfen die Krise. Dabei geht es um zentrale Aufgaben: Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur und soziale Teilhabe. Finanzpolitik darf nicht in Hinterzimmern geschehen, sondern muss transparent, gerecht und nachvollziehbar sein. Gerade, wenn die Mittel knapp sind, sollten die Einwohner*innen der Stadt mitentscheiden können, wo gestrichen und wo investiert wird.

Unsere Forderungen:

- Grundförderung für Träger, die kommunale Pflichtaufgaben übernehmen (z.B. die Arbeitsloseninitiative (ALI))
- Konsequente Öffentlichkeit für alle finanzwirksamen Rats- und Ausschussbeschlüsse
- Soziale Förderung und Projekte als Priorität bei freiwilligen Leistungen
- Einführung von Bürger*innenhaushalten

4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik: Nachhaltige Strukturen erhalten und stärken

Immer weniger Betriebe zahlen nach Tarif, Mitbestimmung wird geschwächt, viele Firmen setzen auf unsichere Jobs mit schlechter Bezahlung. Das muss nicht so sein: Wir streiten für eine aktive Wirtschaftspolitik an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften. Wir finden, auch Beschäftigte haben Expertise und gute Ideen, die im Stadtrat Gehör finden müssten.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch Beschäftigte einführen
- Förderung von Genossenschaften und solidarischen Wirtschaftsmodellen
- Unterstützung für Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwendige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüstungsindustrie oder Spekulation
- Absoluten Vorrang von bereits versiegelten und industriell vorbelasteten Standorten für neue Industrieprojekte

4.5 Attraktive Innenstädte und versorgungssichere Stadtteile

Innenstädte veröden, weil Mieten steigen, während Immobilien zu Spekulationszwecken gekauft und vernachlässigt werden und der Konsumzwang viele Menschen ausschließt. In den benachteiligten Stadtteilen wiederum bricht die Nahversorgung zusammen, wenn kleine Läden schließen und Busverbindungen gekappt werden. Wir wollen Innenstädte und Stadtteile als Orte des sozialen Lebens erhalten und weiterentwickeln – mit Kultur, Treffpunkten und Versorgung für alle.

Unsere Forderungen:

- Förderung von Einzelunternehmen
- Jugendzentrum am Valoisplatz
- Begrünung der Innenstadt
- Verkehrssichere Spielgelegenheiten auf der Rambla
- Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung des Stadtzentrums
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Spielplätzen sowie Kinder- und Jugendzentren
- Nutzung von leerstehenden Geschäften und Immobilien für temporäre Nutzung als Kulturraum, für Initiativen oder Begegnungsangebot

5. Verkehr – Mobilität für alle, bezahlbar und klimafreundlich

Mobilität ist zum Luxusgut für diejenigen geworden, die es sich noch leisten können. Ohne ein Auto kommt man heute kaum noch von A nach B, da immer weniger Busse und Züge fahren und die Radwege katastrophal sind. Bustickets werden immer teurer und Züge sind für viele fast unbezahlbar. Am Stadtrand muss man schon froh sein, wenn überhaupt mal ein Bus fährt. Wer kein Geld für Bus und Bahn hat und sich erst recht kein Auto leisten kann, wird im Stich gelassen. Das werden wir ändern, denn die Straßen sind für alle da! Bus und Bahn müssen schnell deutlich günstiger werden, langfristig sogar kostenlos. Rad- und Fußwege müssen deutlich ausgebaut werden, damit man auch ohne

Auto oder Bus durch die Stadt fahren kann. Wir wollen, dass überall die Busse pünktlich und regelmäßig fahren, insbesondere am Stadtrand.

5.1 Bus- und Bahnangebote ausbauen: Stadt und Land besser verbinden

Vor allem auf dem Land ist der Nahverkehr-Ausbau ungenügend, umso wichtiger ist dann die Anbindung an die Stadt. Gerade Familien, die viel Platz brauchen und Menschen, die sich die Mieten in den Zentren nicht leisten können, sind auf verlässliche und regelmäßige Bus- und Bahnanbindungen auch in den Randzeiten angewiesen, um am sozialen und kulturellen Leben vollumfänglich teilnehmen zu können. Eine bessere Verbindung ermöglicht Zugänge zu anderen Berufsangeboten, Fachärzt*innen und weiteren Bildungsangeboten.

Unsere Forderungen:

- Nulltarif im Nahverkehr einführen: Für Schüler*innen, Azubis, Rentner*innen und Armutsbetroffene
- Ausbau des Buslinienverkehrs – Engere Taktung und Ausbau der Wochenend-, Feiertags-, Nacht- und Randzeitfahrten
- Ausbildungsprogramm mit kommunaler Förderung und Kostenübernahme für Busfahrer*innen
- Förderung des ÖPNV in ländlichen Gebieten - Anschlüsse nach Fedderwarden und Sengwarden ausbauen

5.2 Fuß- und Radverkehr fördern: Sichere und barrierefreie Wege schaffen

Das Prinzip der „walkable cities“, also Städten, bei denen alles zu Fuß erreicht werden kann, ist ein ideales Konzept, welches damit beginnt, überhaupt Fußverkehr zu ermöglichen, anstelle den Fokus auf Individualverkehr zu setzen. Eine Städteplanung muss Fußwege schaffen, die auch FLINTA* Personen bei Nacht betreten würden, und Radwege, welche nicht im Konflikt mit Landstraßen stehen.

Unsere Forderungen:

- Fahrradständer am Valoisplatz überdachen
- Fahrradstraßen, insbesondere an Schulwegen ausbauen
- Durchgehende Beleuchtung der Wege im Kurpark und auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz installieren
- Radwegeausbau, insbesondere an Hauptverkehrsstraßen (z.B. Bismarck- und Peterstraße)

5.3 Kommunale Verkehrswende gestalten: Autofreie Zonen, Verkehrsberuhigung

Städte werden über die Omnipräsenz von PKWs nicht nur laut, sondern auch schwer zu navigieren, luftverschmutzt, sowie gefährlich für Kinder. Eine

klimagerechte Zukunft ist mit Verbrennerautos und Individualverkehr nicht möglich, weshalb autofreie Innenstädte gefördert werden müssen! Nicht nur werden dadurch soziale, ruhige Orte geschaffen, mit der in Innenstädten notwendigen Natur, sondern es hilft auch der Psyche.

Unsere Forderungen:

- Autofreie Rambla – Sonderregelung nur für Lieferverkehr und Linienbusse
- 30er-Zone in der Gökerstraße
- Bezahlbare Ausgleichflächen mit fairen Preisen schaffen
- Zeitlich-befristetes kostenloses Parken in Marktstraße und Bahnhofstraße
- Ausbau der Lade-Infrastruktur für E-Autos
- Umrüstung des kommunalen Fuhrparks auf E-Mobilität
- Einbahnige Fahrbahnverengung an der Bismarckstraße zur Schaffung von Parkmöglichkeiten sowie sicherer Fahrradwege

6. Natur und Umwelt – Nachhaltig und zukunftsfähig

Wilhelmshaven nennt sich selbst die „Grüne Stadt am Meer“. Durch unsere Lage am Wattenmeer sind wir wie kaum eine andere Stadt auf eine intakte Umwelt angewiesen. Doch die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen stellt ein ernsthaftes Problem dar. Wir brauchen saubere Luft, klares Wasser und gesunde Wälder. Dafür müssen wir die Unternehmen in die Pflicht nehmen, die sich an genau diesen Ressourcen bereichern. Dabei darf der Schutz von Umwelt und Natur nicht auf Kosten der Bürger*innen stattfinden. Auch kleinere Landwirt*innen dürfen nicht belastet werden, denn die großen Verschmutzungen gehen von den Großkonzernen aus. Wir fordern eine gerechte Energiewende und fairen Umweltschutz, von dem wir normalen Bürger*innen, Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmen profitieren!

6.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren

Wir wollen eine dezentrale Energiewende in kommunaler und genossenschaftlicher Hand – öffentlich kontrolliert und naturverträglich. Einnahmen aus lokaler Stromproduktion sollen direkt vor Ort für günstige Tarife und bessere kommunale Leistungen genutzt werden. Das im Norden der Stadt geplante NetZeroValley wird öffentlich als klimaneutrale Industriepolitik dargestellt. Die offiziellen Unterlagen zeigen jedoch, dass fossile Projekte eine zentrale Rolle spielen. Es besteht zudem die Absicht CO₂-armen Wasserstoff unabhängig vom Erzeugungspfad zu produzieren. CCS- und CO₂-Speicherung

mit den entsprechenden Umweltrisiken gehören zum Kern des NetZeroValleys.

Unsere Forderungen:

- Ausbau von Wind- und Solarenergie mit Bürger*innen- und Kommunalbeteiligung.
- Nutzung von Dächern und Fassaden vor Neuversiegelung von Freiflächen
- Photovoltaik auf allen öffentlichen Gebäuden und Verbindung mit anderen Zwecken bspw. als Überdachung für Parkplätze oder Schatten-spender an sonstigen Orten
- Keine neuen fossilen Infrastrukturprojekte
- Energieversorgung als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge
- Aufklärung der Bevölkerung über Risiken und Alternativen zu den Projekten des NetZeroValleys und weitgehende Beteiligung bei Entscheidungen

6.2 Artenschutz, Stadtgrün und Biodiversität fördern

Naturzerstörung ist kein Kollateralschaden, sondern Geschäftsmodell: Profitorientierte Bau- und Agrarprojekte verdrängen Artenvielfalt und versiegeln Flächen. Wir stellen uns gegen diese Politik und setzen auf eine ökologische Stadt- und Regionalentwicklung, die Biodiversität fördert und so allen zugutekommt.

Unsere Forderungen:

- Voslapper Groden soll Naturschutzgebiet bleiben – Ausverkauf der Natur für Profitinteressen stoppen
- Stopp von Biozid-Einleitungen in den Jadebusen
- Begrünung öffentlicher Flächen, Dachbegrünungen verpflichtend, neue Methoden ausprobieren (z.B. begrünte Sonnensegel)
- Verbot von Schottergärten, Umsetzung in Bauordnungen
- Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete

6.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen

Die Klimakatastrophe trifft zuerst die Schwächeren – ob durch Hitze in schlecht isolierten Wohnungen, Dürren in der Landwirtschaft oder Überschwemmungen in prekären Wohnlagen. Gleichzeitig beuten Getränke-, Agrar- und Bauindustrie Wasser und Böden rücksichtslos aus. Kommunen müssen hier das Gemeinwohl verteidigen und Klimaresilienz sozial gerecht gestalten.

Unsere Forderungen:

- Wasser als öffentliches Gut sichern – keine Privatisierung
- Regenwassernutzung, Entsiegelung und Retentionsflächen fördern

- Kommunale Hitze- und Hochwasserschutzpläne aufstellen
- Kostenfreie Trinkwasserbrunnen in Parks, Stadtteilzentren und Innenstadt

6.4 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz ökologisch gestalten

Die Landwirtschaft steht heute unter massivem Druck: steigende Kosten, Preisdiktate der Agrarkonzerne und Abhängigkeit von Monokulturen. Gerade kleine und mittlere Höfe geraten so in eine gefährliche Schieflage – obwohl sie das Rückgrat unserer Versorgung sind. Wir wollen den Kreislauf aus Überproduktion und Ausbeutung durchbrechen und eine solidarische Landwirtschaft fördern, die gesunde Lebensmittel für alle bereitstellt.

Unsere Forderungen:

- Keine kommunale Unterstützung für neue Mastbetriebe und Schlachthöfe
- Förderung ökologischer Betriebe und regionaler Vermarktung
- Kommunale Ernährungsstrategien: bio, regional und tierfreundlich in Schulen und Kantinen
- Klima-, Umwelt- und Naturschutz belohnen
- Tierschutz- und Umweltrichtlinien regelmäßig überprüfen
- Unterstützung für bäuerliche Betriebe im Preisdruck der Agrarindustrie
- Förderung klimaresilienter Landwirtschaft mit vielfältigen Sorten

6.5 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen

Wegwerfproduktion und Ressourcenraubbau bringen Profite für wenige und Kosten für alle. Wir setzen dagegen auf eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall vermeidet, Ressourcen schont und öffentlich organisiert ist.

Unsere Forderungen:

- Unterstützung von Repair-Cafés, Umsonstläden und Tauschinitiativen
- Kommunale Programme zur Abfallvermeidung
- Wertstoffhöfe engmaschig ausbauen, Container fußläufig aufstellen
- Nachhaltige kommunale Beschaffung nach Kreislaufprinzip

7. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – solidarisch, gerecht, inklusiv

Während Großkonzerne Vermögen anhäufen, kämpft die Mehrheit der Gesellschaft mit unsicheren Jobs, steigenden Preisen und fehlender sozialer Absicherung. Diskriminierung und Ausgrenzung gehören für viele Menschen zum Alltag. Statt Solidarität und Investitionen in das Gemeinwohl setzt die regierende Politik auf Kürzungen im Sozialstaat. Die Kommunen werden

gezwungen, unsoziale Entscheidungen, stigmatisierende und entwürdigende Praxen von Bund und Land - wie beispielsweise die rassistische Bezahlkarte - umzusetzen. Gleichzeitig werden Fördergelder gekürzt, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Ob Frauenberatungsstellen, Begegnungsstätten oder Jugend- und Kulturarbeit: Überall wo der Mensch im Vordergrund steht, wird der Rotstift angesetzt. Wenn Menschen sich nicht mehr zugehörig fühlen und man über ihre Lebensrealitäten als Problem spricht, verlieren sie den Glauben in eine gerechte Gesellschaft. Eine Politik der Ausgrenzung gefährdet unsere Demokratie. Wir reden nicht über, sondern mit den Menschen. Wir bilden ihre vielfältigen Lebensrealitäten vor Ort ab und binden alle in unsere Entscheidungsprozesse ein. Wir wollen Bewusstsein für Gemeinsamkeiten und Solidarität schaffen und auf diese Weise die Gesellschaft von unten stärken. Solidarität bedeutet, dass die Starken die Schwächeren stützen und, dass niemand aufgrund von Merkmalen wie z.B. Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder Einkommen benachteiligt wird. Eine gerechte Gesellschaft ist möglich, wenn wir Macht und Ressourcen demokratisch teilen. Für uns heißt das konkret: Das Gemeinwohl muss über Profiten stehen! Unser Ziel ist eine Kommune, in der niemand zurückgelassen und in der Armut und jede Form von Ausgrenzung aktiv bekämpft wird. Alle Menschen verdienen den gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit, Pflege und Wohnen sowie zu Freizeit, Sport und Kultur für ein würdevolles Leben.

7.1 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben macht einsam. Einsamkeit ist dabei kein persönliches Versagen, sondern unmittelbare Folge von struktureller Ausgrenzung durch Armut. Die Bekämpfung von Armut und Einsamkeit muss entsprechend zusammengedacht werden – als eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Freizeitaktivitäten, die Menschen verbinden und für einige ganz selbstverständlich zum Alltag gehören, sind für armutsbetroffene Menschen hingegen unerschwinglich. Die fehlenden Zugänge verstärken ihre soziale Isolation und das Risiko für körperliche wie psychische Krankheiten. Besonders hart treffen diese Zustände Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Senior*innen, Geflüchtete, migrantische sowie erkrankte und behinderte Personen. Frauen sind von Armut stärker betroffen als Männer. Auch weil sie es sind, die häufiger Erziehung und Pflege von Angehörigen übernehmen.

Unsere Forderungen:

- Kulturpass für kostenlosen Eintritt in Museen, Theater und Vereinen nach einfachem Antrag bei der Stadt
- Offene Gemeinschaftsräume in den Familienzentren mit kostenlosem WLAN, Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie günstigen Snack-Angeboten
- Koordinierungsstelle für Armutsbekämpfung einrichten

- Solidarische Mahlzeiten sichern: Schulfrühstück, Mittagstische, Stadtteilküchen
- Einrichtung eines online-Forums für Wilhelmshavener*innen zur Vernetzung, Beteiligung und zum Anbieten von niedrigschwelligen, kostenlosen Hilfsangeboten, ähnlich der Nachbarschaftshilfe

7.2 Mehr Teilhabe ermöglichen: Jugendparlamente, Bürger*innenhaushalte

Eine lebendige Demokratie lebt von Mitbestimmung und echter Einflussnahme, nicht nur durch Wahlen. Gerade junge Menschen und diejenigen, die bisher kaum Gehör finden, müssen systematisch in politische Entscheidungen einbezogen werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dann, wenn Menschen vor Ort mitbestimmen können, wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden und wie ihre Kommune gestaltet wird. Wir wollen deshalb verbindliche Strukturen schaffen, die Partizipation nicht dem Zufall oder dem guten Willen einzelner Politiker*innen überlassen, sondern sie garantieren. Demokratie bedeutet für uns: gemeinsam entscheiden, transparent handeln und Macht von unten nach oben organisieren.

Unsere Forderungen:

- Initiativrecht für Anträge des Jugendparlaments, des Behinderten- und Seniorenbeirates in Rats- und Ausschusssitzungen
- Eigenes Budget zur freien und selbstbestimmten Verfügung durch das Jugendparlament
- Erhöhung der Budgets von Behinderten- und Seniorenbeirat auf 5.000 €
- Regelmäßige Stadtteilversammlungen zur Schaffung von Transparenz und Mitbestimmung in Ratsentscheidungen
- Etablierung von Bürger*innenhaushalten
- Angebote in einfacher/leichter Sprache bereitstellen

7.3 Gleichstellung und Vielfalt stärken: Feminismus, Queer Politik, Anti-Sexismus

Als Linke stehen wir in der Tradition materieller feministischer Kämpfe und auch im digitalen Zeitalter finden diese primär vor Ort und in den Kommunen statt. Wir setzen uns ein, um Räume und Ressourcen zu gewährleisten, damit sich Menschen jeden Geschlechts und jeder Sexualität frei entfalten und sicher leben können. Wir erkennen die Gefahr neuer wie alter sexistischer, antifeministischer und queerfeindlicher Narrative und Haltungen an und stellen diesen eine Vision entgegen, die niemanden zurücklässt. Wir haben die vielfältigen Lebensrealitäten der Menschen im Blick, die feministische Kämpfe führen und denken Feminismus intersektional und von den Menschen ausgehend.

Unsere Forderungen:

- Schnelle Umsetzung des Beschlusses zur Schaffung eines queeren Zentrums in Wilhelmshaven
- Ermittlung des Bedarfs an Frauenhausplätzen in der Region Wilhelmshaven-Friesland-Wittmund unter Berücksichtigung von Anfahrtswegen und Schulstandorten zur flächendeckenden und bedarfsgerechten Platzvergabe
- Bereitstellung von Schutzwohnungen mit sozialpsychologischer Betreuung für von häuslicher Gewalt betroffenen Personen aller Geschlechter
- Verpflichtende Anti-Sexismus-Schulungen mit intersektionaler Betrachtung für alle kommunalen Beschäftigten

7.4 Migration und Integration fördern: Bleiberecht, Sprachförderung, Teilhabe

Viele Menschen, die seit Jahren hier leben oder vor Krieg und Not geflüchtet sind, bleiben von Unsicherheit, prekären Aufenthaltstiteln und strukturellem Rassismus betroffen. Ihre Zugänge zu Arbeit, Bildung, Sprache und politischer Mitbestimmung werden eingeschränkt. Als Folge bleiben Ausgrenzung und Armut. Wir setzen uns für gleiche soziale Rechte für alle ein und für ein Aufenthaltsrecht, das Sicherheit und echte Bleibeperspektiven schafft. Integration verstehen wir als gemeinsame Aufgabe, die gleiche Chancen für Teilhabe, Wohnen und gesellschaftliches Leben garantiert.

Unsere Forderungen:

- Rückabwicklung der Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber*innen
- Beschleunigung des Übergangs von Sammelunterkünften in reguläre Wohnformen
- Verpflichtende Anti-Rassismus-Schulungen für alle kommunalen Beschäftigten – Aufbau von „Willkommens-Behörden“
- Kommunales Konzept zur lückenlosen Bereitstellung von Dolmetscher*innen in Behörden, Notfall- und Gesundheitsversorgung
- Integrationskonzept umsetzen und neu priorisieren – soziale Integration ist keine Einbahnstraße
- Sprachkurse an der VHS bedarfsgerecht ausbauen und mit Dolmetscher-Angeboten verknüpfen

7.5 Inklusion leben: Menschen mit Behinderungen sichtbar machen

Menschen mit Behinderungen haben häufig nicht die Möglichkeit, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Behinderungen können vielfältig sein, sie können sichtbar oder unsichtbar sein, deshalb unterscheiden sich die individuellen Bedarfe stark. Folglich braucht es die konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die bauliche, kommunikative, rechtliche,

administrative und soziale Barrieren abbauen. Barrierefreiheit muss in allen Lebensbereichen gewährleistet sein, im öffentlichen Raum, in Schulen, im öffentlichen Nahverkehr und in Gebäuden. Dafür braucht es ganzheitliche Konzepte und verbindliche Aktionspläne. Zentral ist es, die Perspektiven von Betroffenen konsequent einzubeziehen.

Unsere Forderungen:

- Konsequenter Abbau von Mobilitätsbarrieren in den öffentlichen Wege- und Gebäudestrukturen
- Funktionierende Leitsysteme für sehbeeinträchtigte Menschen in allen öffentlichen Gebäuden
- Öffentliche Informationsschreiben und Antragsformulare grundsätzlich auch in Leichter Sprache zugänglich machen
- Kontrolle der Unternehmen bei Beschäftigung von Schwerbehinderten
- Alle Angebote des Bürgerbüros auch digital oder per Termin zugänglich machen

7.6 Kultur und Freizeit fördern: Freie Szenen, Vereine, Sport

Eine gerechte und inklusive Gesellschaft braucht Orte des Zusammenhalts, der Bildung und der Teilhabe. Eine lebendige freie Kulturszene, der Breiten-sport und das Vereinsleben sind die Grundlage für Identitätsbildung und soziale Innovationen. Der Zugang zu diesen Orten darf kein Privileg für Besserverdienende sein, denn sie fördern Gesundheit und Demokratieverständnis von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Kulturelle und sportliche Teilhabe sowie jede Form von aktiver Freizeitgestaltung sind keine politische Nebensache, sondern öffentliche Daseinsvorsorge! Ziel ist eine solidarische Kultur- und Freizeitpolitik, die allen offensteht.

Unsere Forderungen:

- Förderung der freien Kulturszene durch Vermittlung von kostenlosen Räumen
- Kostenlose Schwimmkurse für Grundschulkindern
- Ausbau der Mehrsprachlichkeit von Kulturangeboten und in der städtischen Bibliothek
- Ausbau der Leistungen der Ehrenamtskarte

7.7 Digitalisierung demokratisch gestalten: Verwaltung, Beteiligung, Offline-Zugang

Digitale Teilhabe entscheidet über Zugang zu Verwaltung und Politik. Viele Menschen sind ausgeschlossen. Ziel ist eine Digitalisierung in öffentlicher Hand, die demokratisch und barrierefrei gestaltet wird.

Unsere Forderungen:

- Alle Anträge digital und auf Papier zur Verfügung stellen

- Möglichkeiten zur Barzahlung überall erhalten
- Offene digitale Beteiligungsplattformen in öffentlicher Hand aufbauen
- Datenschutz, IT-Sicherheit und Nutzung freier Software sicherstellen
- Niemand darf gezwungen sein, für Behördenkontakte ein Smartphone oder einen PC zu besitzen

8. Nie wieder Krieg & Faschismus – Erinnerung, Widerstand, Frieden

Faschismus, Rassismus und Krieg sind keine Phänomene der Vergangenheit, sondern eine reale Bedrohung für unsere Gesellschaft. Rechte Gewalt, Antisemitismus und demokratiefeindliche Bewegungen nehmen zu. Gleichzeitig versuchen Militär und Rüstungsindustrie in Schulen, Vereinen und Kommunen präsent zu sein. Ziel ist eine klare antifaschistische Haltung, eine aktive Erinnerungskultur und eine kommunale Friedenspolitik, die Betroffene schützt und demokratische Räume verteidigt.

8.1 Antifaschismus im Alltag stärken

Rechte Hetze und Gewalt gefährden das friedliche Zusammenleben. Antifaschismus muss im Alltag präsent sein und Betroffene schützen. Ziel ist es, Demokratie zu stärken und kommunale Räume frei von rechter Gewalt zu halten.

Unsere Forderungen:

- Aufbau kommunaler Beratungs- und Unterstützungsstellen für Betroffene rechter Gewalt
- Aufklärung und Sensibilisierung in Schulen, Vereinen und Betrieben
- Kommunale Förderprogramme für Initiativen gegen Rechts
- Beschluss kommunaler Aktionspläne gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt

8.2 Erinnerungskultur ausbauen

Geschichte darf sich nicht wiederholen. Erinnern heißt, Verantwortung zu übernehmen. Ziel ist eine lebendige Erinnerungskultur, die Vergangenheit bewahrt, die Gegenwart achtet und für die Zukunft mahnt.

Unsere Forderungen:

- Regelmäßiges Angebot antifaschistischer Stadtrundfahrten
- Dauerhafte oder wiederkehrende Ausstellung zur kritischen Auseinandersetzung mit Wilhelmshavens Kriegs- und Kolonialgeschichte und dem Namensgeber der Stadt
- Unterstützung der Gedenkarbeit, bspw. durch Finanzierung von Stolpersteinen
- Schulen und Vereine in Gedenkarbeit einbinden

- Negative Aspekte und andere Perspektiven bei militärischen Gedenktagen sichtbar machen

8.3 Kommunale Friedenspolitik fördern

Kommunen dürfen keine Bühne für Militarisierung und Rüstungsinteressen sein. Ziel ist eine Friedenspolitik, die zivile Konfliktlösungen unterstützt und Kriegsvorbereitung klar entgegentritt.

Unsere Forderungen:

- Keine öffentliche Vereidigung der Bundeswehrrekrut*innen
- Bundeswehr raus aus Schulen! Keine Veranstaltungen der Bundeswehr in kommunalen Bildungseinrichtungen
- Offenlegung von Querfinanzierungen durch und Zugeständnisse an die Bundeswehrstandorte im Stadtgebiet
- Ausschluss von Kooperationen mit Rüstungsunternehmen
- Friedensfeste und kommunale Projekte für Gewaltfreiheit unterstützen
- Städtepartnerschaften mit Friedens- und Solidaritätsinitiativen fördern

8.4 Betroffene rechter Gewalt schützen

Rechte Gewalt trifft Menschen konkret vor Ort. Oft fehlt es an Schutz und Solidarität. Ziel ist eine kommunale Politik, die Betroffene ernst nimmt und aktiv unterstützt.

Unsere Forderungen:

- Anlaufstelle für Betroffene rechter Gewalt und Hetze in freier Trägerschaft schaffen, inklusive Dokumentation, Analyse und anonymisierter Veröffentlichung von Vorfällen
- Verpflichtende Anti-Diskriminierungs-Schulungen für alle kommunalen Beschäftigten
- Alle Wilhelmshavener Schulen zu Schulen gegen Rassismus machen
- Öffentliches Eintreten von Bürgermeister*innen und Räten für Betroffene sicherstellen

Impressum

Die Linke – Kreisverband Wilhelmshaven

V.i.S.d.P. Cornelia Kittlaus

Die Linke Niedersachsen

Goseriede 8
30159 Hannover

Fragen? Ideen? Anregungen?

Hier erreichst du uns:



dielinkewhv



www.dielinke-whv.de



kommunal@dielinke-whv.de